

Maastricht als postnationale Utopie

Von LUDWIG WATZAL

Schon der Titel unterstellt: Europa-Illusionisten, nehmt Abschied von euren Maastricht-Träumereien. Die Vereinigten Staaten von Europa sind passé. Selbst der „Europa-Illusionist“ Helmut Kohl, wie ihn sein „Parteifreund“ Edmund Stoiber genannt hat, nahm inzwischen Abstand von diesem Ziel.

Überall findet der Abgesang auf Superstaaten statt, aber die politischen Eliten Westeuropas schicken sich in Verkenning des Zeitgeistes an, einen solchen wider den Willen des überwiegenden Teils der Menschen zu schaffen. „Nicht die Bildung staatlich verfaßter Großräume scheint also in Europa auf der historischen Tagesordnung unseres Jahrhunderts zu stehen, sondern die Pluralisierung der Staatenwelt“, so eine These des renommierten Philosophen Hermann Lübbe, Professor emeritus an der Universität Zürich.

Nationale Orientierungen sind keineswegs reif für das Museum. Für den Autor ist die hysterische Reaktion der deutschen politischen Klasse auf jede Erwähnung des Nationalen eine typisch deutsche Verhaltensweise. Mag der Nationalismus in Westeuropa im Augenblick keine wesentliche Rolle spielen, trifft dies für Osteuropa nicht zu. Hier gibt es eine enge Verbindung zwischen Religion, Kirche und Nation. Das Nationale hat sich beim Wandel in Osteuropa als ein tragfähiges Element erwiesen und seine staatsbildende Kraft nicht eingebüßt. Lübbe: „Wer das, in postnationaler Orientierung, nicht wahrhaben will, kann sich entsprechend auch zur deutschen Wiedervereinigung nicht zustimmend verhalten.“

Es sei eine deutsche politische „Selbstbornierung“, die nationale Orientierung zum historischen Relikt zu erklären. Von dieser Haltung müssen sich die Deutschen befreien. „Am postnational gewordenen deutschen Wesen wird die Welt nicht genesen.“ Dieser „deutsche Postnationalismus“ sei von außen betrachtet typisch deutsch.

Dies gelte ebenfalls für die deutsche „Spezialität des Verfassungs-Patriotismus“, er sei ein „deutscher Schwundstufenpatriotismus“. Die Deutschen begehren auch hier wieder einen Sonderweg und pflegen eine „Befindlichkeit“, ja „Unglaubwürdigkeit“.

Nur wer die nationalen Orientierungen begreift, kann internationale friedenssichernde Institutionen schaffen. Diese Orientierungen sind insoweit keine vormodernen Relikte. Dieser Nationalismus sei vielmehr eine spezifisch moderne Erscheinung, so Lübbe. Daß die Deutschen das Nationale diskreditiert hätten, und daß das Aggressionspotential des Nationalismus nicht unterschätzt werden dürfe, berechtigt aber noch nicht, jede Regung des Nationalen zu verteufeln. Denn von „missionarischen Absichten“ ist der Nationalismus in Osteuropa gänzlich frei. Er sei ein „Selbstbehauptungsnationalismus“.

Die deutschen „postnationalen Intellektuellen“ haben ein neues Feindbild entdeckt, auf das sie sich einschließen: Das jus sanguinis, das Recht des „Blutes“, macht einen Deutschen zum Deutschen, d. h. seine Abstammung, nicht das Gebiet seiner Geburt. Lübbe vertritt die Ansicht, daß dieses „Blutrecht“ weder spezifisch deutsch noch vormodern sei: „Ganz im Gegenteil ist es spezifisch modern – in Übereinstimmung mit der spezifischen Modernität des Prinzips der Nationalität.“

Das Territorialprinzip sei dagegen vormodern und bedeute im Extremfall Leibeigenschaft und eingeschränkte Freizügigkeit. Nicht daß Lübbe gegen eine rechtliche Integration von Ausländern wäre. „Wir müssen den rechts bei uns niedergelassenen Ausländern durch Gesetzesreformen die Einbürgerung erleichtern.“ Damit müsse eine Angliederung der Staatsangehörigkeitsrechte in der EU einhergehen.

Wie zentral und existentiell ein auf Abstammung beruhendes Staatsangehörigkeitsrecht sein kann, zeigt das Beispiel der

Juden: sie konnten nur aufgrund eines solchen als Juden überleben. Lübbe sieht die Deutschen in ihrer Bürgerrechtsphilosophie wieder einmal auf „Sonderwege“ geraten.

Für Lübbe rührt die Euro-Skepsis aus der „Common-sense-Ferne“ des europäischen Alltags; dieser sei zu technokratisch, viel zu kompliziert und verfolge kein Ziel. Nur durch pragmatische Erfolge in der ursprünglichen Einigungspolitik und nicht durch „europäische Identitätsbeschwörungen“ können die Bürger ein Zugehörigkeitsgefühl zur EU gewinnen.

Ob trotz Maastricht die Staaten ihre Eigenständigkeit und völkerrechtliche Souveränität behalten werden, wie Lübbe meint, darf bezweifelt werden. Obwohl im Vertrag von Maastricht wenig über die politische Union ausgesagt wird, bedeutet doch die Währungsunion, und darum ging es insbesondere Frankreich, die Zerschlagung der nationalen Währungen. Wer nicht mehr das Recht über sein Geld besitzt, hat auch seine Souveränität verloren.

Aufgrund ihres gebrochenen Nationalbewußtseins kann es der deutschen politischen Klasse mit der Integration nicht schnell genug gehen; sie will auch in Zukunft keine Verantwortung übernehmen. In der geschichtslosen Zeit des Kalten Krieges war es ja so bequem. Die Deutschen sind bereit, sich einem noch nicht identifizierbaren Gebilde anzuliefern.

Lübbes Buch erscheint gerade noch rechtzeitig vor der Europawahl. Da in Deutschland keine Debatte über das Maastricht-Projekt stattgefunden hat, ist zu hoffen, daß die interessanten Gedanken neuen Zündstoff liefern, um die dringend notwendige Diskussion hierzulande nachzuholen.

Hermann Lübbe:
Abschied vom Superstaat
Vereinigte Staaten von Europa
wird es nicht geben.
Siedler, Berlin.
152 S., 29,80 Mark.